

Ausschuß für Innere Verwaltung  
26. Sitzung

08.10.1987  
ei/sd-mm

funktioniert habe. Hier verweise er auf die letzte Veröffentlichung der Polizeigewerkschaft, in der der Minister selbst in einem Interview von der Aufgabe seines Konzeptes gesprochen habe.

Bei ständig steigender Kriminalität und bei einer insgesamt unbefriedigenden Aufklärungsquote könne man nicht immer nur appellieren, es müsse in diesem und jenem Bereich etwas getan werden, dann aber nicht die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen. In den Kreispolizeibehörden herrsche bei der Kripo weitgehend Frustration. Hier müsse etwas geschehen.

Nach Meinung der CDU sei es nicht vorrangig, daß im Beförderungsbereich etwas verbessert werde - auch wenn dies im Hinblick auf die Motivation der Beamten wünschenswert sei -, aber bei der herrschenden Personalnot, vor allem bei der Kripo, gebe es noch wichtigere Dinge. Es müßten zusätzliche Wege gefunden werden, wie man in den Bereichen, in denen die Aufgabenerledigung nicht mehr gewährleistet sei, den Personaleinsatz verstärken könne.

Beim Bauetat könne man sicher mit einer gewissen Zufriedenheit feststellen, daß die Bauvorhaben Lüdenscheid und Marl im Haushalt berücksichtigt worden seien.

Heute vormittag habe er sich zusammen mit anderen Angehörigen seiner Fraktion im Landeskriminalamt die katastrophale Unterbringung der Kriminaltechnik angeschaut. Es müsse verhindert werden, daß Gerichte eines Tages Gutachten aus dem Landeskriminalamt nicht mehr akzeptierten, weil Verwechslungen oder Fehler in der Zuordnung von Präparaten wegen der katastrophalen Unterbringung des kriminaltechnischen Dienstes nicht ausgeschlossen werden könnten. Hier müsse dringend etwas geschehen, zumal der Ruf der Kriminaltechnik und das Ansehen der Kriminalpolizei insgesamt auf dem Spiele stehe.

Ein Haushalt, der im sächlichen Bereich weiter zu erheblichen Einsparungen führe und der im Personalbereich keine Richtung aufzeige, wie sich die Dinge weiterentwickeln sollten, der sogar bei erheblichen Mehrbelastungen der Polizei einen Stellenabbau vorsehe, könne nicht befriedigend sein. Nach Meinung der CDU-Fraktion werde der Haushalt den Anforderungen der Kriminalitätsentwicklung, vor allem im Bereich der Kriminalpolizei, nicht gerecht. Insgesamt gebe er keine Antwort auf die gestellten Fragen, deshalb werde die CDU diesem Haushaltsentwurf wohl nicht zustimmen können.

Innenminister Dr. Schnoor greift die Frage der Bündelung von A-9/A-10-Stellen auf. Im mittleren Dienst habe man die Bündelung A 6/A 7 vornehmen können, weil bei der Polizei das Eingangsamt A 6